

Den Mitgliedern des  
AfBJS

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
7/2341

zu Drs. 7/6573/5371/4760/4674NF



**KERN-BILDUNG**

Freie Bildungsberatung  
und Bildungsbegleitung

Beethovenstraße 1  
88677 Markdorf

THÜR. LANDTAG POST  
08.02.2023 17:51  
4042/23

Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Datum: 08.02.2023

**Betreff: Drs. 7/6573/5371/4760/4674NF – Stellungnahme zum Entwurf  
„Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beraten und betreuen seit über 10 Jahren junge Menschen, die sich ohne Schulbesuch bilden. In den meisten Fällen haben sich die jungen Menschen selbst für diesen Weg entschieden und werden, trotz Schulbesuchspflicht, von ihren Eltern auf diesem Weg unterstützt.

Auch wenn diese Familien häufig so behandelt werden wie bei „klassischer“ Schulverweigerung, kann eine solche Situation nicht damit gleichgesetzt werden. Diese jungen Menschen wollen sich bilden und lernen meist in selbstbestimmter und selbstorganisierter Weise und werden dabei von ihren Eltern oder Bezugspersonen unterstützt. Diese Art des Lernens unterscheidet sich grundsätzlich vom schulischen Lernen, führt aber ebenso zu den Bildungszielen, z.B. dazu einen Schulabschluss und/oder einen Berufsabschluss oder ein sonstiges berufliches Ziel zu erreichen. Mehr zu diesem Weg finden Sie in unserer Stellungnahme. In der 2019 entstandenen Stellungnahme wird „Homeschooling“ in vor Corona üblichen Bedeutung verwendet. „Freilernen“ in Sinne einer selbstbestimmten selbstorganisierten Bildung unterscheidet sich aber deutlich von „klassischem Homeschooling“ und „Corona-Distanz-Unterricht“.

**Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, dass diese jungen Menschen und ihre Familien in Zukunft nicht mehr kriminalisiert werden, sondern Ihnen rechtlich die Möglichkeit für einen solchen außerschulischen Bildungsweg eingeräumt wird.**

Mit freundlichen Grüßen

## **Selbstbestimmte und selbstorganisierte Bildung ohne Schulbesuch**

; Fassung vom 18. Juni 2019

### **Ein Appell für eine stärkere Berücksichtigung des Willens und der Rechte der betroffenen jungen Menschen – Anmerkungen zu „Freilernen“ und „Homeschooling“ unter Berücksichtigung der Selbstbestimmung**

#### Inhaltsverzeichnis

|  |   |
|--|---|
| Zusammenfassende Thesen - Appell.....                                      | 2 |
| Schulpflicht und selbstorganisierte Bildung in Deutschland .....           | 3 |
| Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der jungen Menschen .....     | 4 |
| Die vermeintliche Alternativlosigkeit des Schulbesuchs .....               | 4 |
| Konsequenzen der rigorosen Durchsetzung der Schulbesuchspflicht .....      | 5 |
| Auswirkungen der Schulbesuchspflicht auf Schulen, Ämter und Gerichte ..... | 6 |
| Akzeptanz und Anerkennung informeller Bildung .....                        | 7 |
| Ein Blick ins europäische Ausland.....                                     | 8 |
| Schritte zu einer vielfältigen Bildungslandschaft .....                    | 8 |
| Quellenangaben und Literaturhinweise.....                                  | 9 |

## Zusammenfassende Thesen- Appell

- *Durch die in Deutschland geltende umfangreiche absolute Schulbesuchspflicht werden die Rechte der Betroffenen, insbesondere die Selbstbestimmungsrechte der jungen Menschen, sehr stark eingeschränkt – unserer Auffassung nach in unverhältnismäßiger Weise.*
- *Das Recht auf Bildung stellt eine wichtige Errungenschaft dar, die nicht eingeschränkt werden sollte. Bildungswege ohne Schulbesuch könnten das Bildungswesen ergänzen und bereichern. Jeder junge Mensch hat das Recht zum Schulbesuch, sollte aber auch das Recht haben, sich auf anderen Wegen zu bilden. Die Entscheidung für eine selbstorganisierte Bildung darf nicht gegen den Willen des jungen Menschen erfolgen.*
- *Es gibt vielfältige und oft durchaus berechtigte und nachvollziehbare Gründe für den dringenden Wunsch junger Menschen, Bildung, also akademische, praktische und soziale Kompetenzen, auf anderen Wegen als durch Schulbesuch zu erwerben.*
- *In den meisten europäischen Ländern gilt keine Schulbesuchspflicht, sondern z. B. eine Unterrichtspflicht oder Bildungspflicht. Die dortigen Erfahrungen zeigen, dass vielfältige Sozialkontakte und die Erlangung akademischer Kenntnisse und praktischer und sozialer Kompetenzen auch ohne Besuch einer Schule möglich sind. Sämtliche Schulabschlüsse können in Deutschland auch extern ohne Schulbesuch erworben werden.*
- *Selbstorganisierte Bildung junger Menschen mit Unterstützung der Familie kann nicht mit einem Schulabbruch bei jungen Menschen, die damit allein gelassen werden, verglichen werden. Die Erfahrung zeigt, dass junge Menschen, deren Familien ihre selbstorganisierte Bildung unterstützen und begleiten, sich erfolgreich ohne Schulbesuch bilden. Dennoch werden diese Familien durch die Behörden erfahrungsgemäß besonders rigoros unter Druck gesetzt.*
- *In anderen europäischen Ländern erreicht der Anteil familienunterstützter selbstorganisierter Bildungswege höchstens den einstelligen Promillebereich – selbst dort, wo diese Bildungswege nur in geringem Maß reguliert und kontrolliert sind. Es gibt keinen Anlass, für Deutschland im Fall einer Duldung oder Akzeptanz etwas anderes zu erwarten.*
- *Durch den rigorosen behördlichen Umgang mit Schulverweigerung werden die damit in Verbindung gebrachten Probleme in vielen Fällen nicht gelöst, sondern oft verschärft und teilweise erst verursacht. Der damit verbundene Zwang hat in vielen Fällen nachhaltige negative Folgen für die Betroffenen.*
- *Die absolute Schulbesuchspflicht hat auch negative Auswirkungen auf die Schulen und die anderen, schulbesuchswilligen Schüler.*
- *Die zur Durchsetzung der Schulbesuchspflicht veranlassten Maßnahmen verursachen einen erheblichen Aufwand, der aber in vielen Fällen dennoch dem angestrebten Zweck nicht dienlich ist.*
- *Das Potenzial des informellen Lernens, das nach wissenschaftlichen Erkenntnissen einen erheblichen Anteil jeglicher Bildung ausmacht, muss in Bezug auf Kinder und Jugendliche viel stärker berücksichtigt werden.*
- *Die der Schulpflicht zugrunde liegenden Ziele könnten durch Duldung und Akzeptanz selbstorganisierter und selbstbestimmter Bildungswege in Verbindung mit begleitenden unterstützenden Maßnahmen vermutlich in höherem Maße erreicht werden als durch die Bemühungen um die rigorose Durchsetzung der absoluten Schulbesuchspflicht.*

*Wir fordern alle Beteiligten auf, die Rechte der jungen Menschen stärker zu berücksichtigen, den jungen Menschen auf eigenen Wunsch Bildungswege ohne Schulbesuch zu ermöglichen und – soweit notwendig – die hierfür notwendigen rechtlichen und sonstigen Änderungen zu veranlassen.*

## Schulpflicht und selbstorganisierte Bildung in Deutschland

Im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern gilt in allen deutschen Bundesländern eine „allgemeine Schulpflicht“, die nicht als Bildungspflicht oder Unterrichtspflicht, sondern als absolute, praktisch ausnahmslose Schulbesuchspflicht ausgestaltet ist (Für Regelungen in Europa vgl. Europäische Kommission/EACEA/Eurydice 2018 und Blok u.a. 2017). Sie reicht je nach Bundesland bis in das Alter der Volljährigkeit hinein – deswegen wird im Folgenden der Begriff „junge Menschen“ als Überbegriff für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene verwendet.

Im Zusammenhang mit dauerhaften Verstößen gegen die Schulbesuchspflicht werden hier die folgenden verschiedenen Situationen unterschieden:

- „Hausunterricht“ (im Krankheitsfall; entspr. Schulgesetz § 21)
- „Dauerhaftes Schulschwänzen“ (ohne betreute und begleitete Bildung)
- „Homeschooling“ (aufgrund einer Entscheidung der Eltern)
- „Freilernen“ (aufgrund einer Entscheidung des betroffenen jungen Menschen)

„Hausunterricht“ findet nur statt, wenn ein Schulbesuch aus Krankheitsgründen unmöglich ist. Er geht in der Regel nicht auf eine Entscheidung der Betroffenen zurück und wird hier nicht weiter betrachtet.

Bei „dauerhaftem Schulschwänzen“ ohne jegliche Unterstützung und Begleitung sind Bedenken in Bezug auf das Recht der jungen Menschen auf Bildung und auf eine offene Zukunft sicher in vielen Fällen berechtigt. Auch diese Fälle werden hier nicht weiter betrachtet.

Demgegenüber stehen Konstellationen, in denen eine bewusste Entscheidung gegen einen Schulbesuch getroffen wird, aber dennoch deutlich erkennbar Bildung angestrebt und von der Familie organisiert, unterstützt und begleitet wird.

Für schulbesuchsfreie, durch die Familie unterstützte und organisierte Bildung werden unterschiedliche Bezeichnungen verwendet. Typisierend wird eine schulähnlich strukturierte selbstorganisierte Bildung, die auf eine Entscheidung der Eltern zurückgeht, meist als „Homeschooling“ (im engeren Sinn) bezeichnet. Eine eher informelle, selbstorganisierte Bildung aufgrund einer Initiative der betroffenen jungen Menschen selbst wird in Deutschland oft „Freilernen“ genannt (vgl. Rux 2018, Rn 168 u. 375). In der Realität gibt es vielfältige Mischformen.

Teilweise wird der Begriff „Homeschooling“ auch (im weiteren Sinn) für alle Formen familienunterstützter schulbesuchsfreier Bildung verwendet – aus unserer Sicht ist jedoch entscheidend wichtig, von wem der Wunsch nach anderen Bildungswegen ausgeht, deswegen unterscheiden wir zwischen „Homeschooling“ und „Freilernen“.

Trotz der absoluten Schulbesuchspflicht gibt es auch in Deutschland junge Menschen im schulpflichtigen Alter, die sich mit Unterstützung ihrer Familie aus eigener bzw. familiärer Entscheidung heraus selbstorganisiert bilden oder den Wunsch danach haben. Die Praxis dabei reicht von schulähnlich strukturierter Bildung bis zu weitgehend informeller, an den Interessen der jungen Menschen orientierter Bildung. Schätzungen reichen von 500 bis 3000 betroffenen jungen Menschen in Deutschland (vgl. z.B. Spiegler, 2008, S. 262f; WD 2016, S. 5; Blok u. a. 2017, S. 408; Luig 2019).

Während die Einschränkungen der Rechte der Eltern in zahlreichen Gerichtsentscheidungen behandelt wurden, haben die Rechte, insbesondere das Selbstbestimmungsrecht, der betroffenen jungen Menschen selbst bisher eher wenig Beachtung gefunden.

## Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der jungen Menschen

Teilweise geht die Entscheidung für Bildung ohne Schulbesuch auf die Weltanschauung der Eltern zurück. Diese Konstellation dominiert das Bild in der Öffentlichkeit und prägt die öffentliche und politische Diskussion.

Teilweise geht die Entscheidung auch auf die Befürchtung oder konkrete Erfahrung der Eltern zurück, dass die Schule den Bedürfnissen ihrer Kinder nicht gerecht wird.

In einer zunehmenden Zahl von Fällen aber ist die Initiative der jungen Menschen selbst, ihr dringender Wunsch nach selbstbestimmter Bildung ohne Schulbesuch, ausschlaggebend. Es gibt immer mehr Eltern, die die Kompetenzen ihrer Kinder und deren Meinung und Rechte (insbesondere: Recht auf eine offene Zukunft, Recht auf Bildung, Recht auf gewaltfreie Erziehung, Recht auf Selbstbestimmung) ernst nehmen und stärker berücksichtigen und sich darum bemühen, diesen unter Beachtung von deren Wohl, Interessen, Meinung und Rechten eine Bildung in der von diesen selbst gewünschten Form zu ermöglichen und sie dabei zu unterstützen.

Diese Konstellationen werden kaum wahrgenommen und in der gesamten öffentlichen und politischen Diskussion meist ignoriert. In der Regel wird diskutiert, was im Hinblick auf die Zukunft aus einer paternalistischen Position aus Sicht des Staates oder eventuell der Eltern für das Wohl des jungen Menschen bzw. seinen Beitrag zur und seine Stellung in der Gesellschaft „vorteilhaft“ oder „notwendig“ wäre. Welche Meinung die Betroffenen dazu haben und wie es diesen in der gegenwärtigen Situation geht, bleibt oft weitgehend unberücksichtigt.

## Die vermeintliche Alternativlosigkeit des Schulbesuchs

Sich durch den Besuch einer Schule zu bilden, wird in unserer Gesellschaft als die Norm angesehen. Es gilt als unbedingt förderlich und notwendig für das Aufwachsen eines jungen Menschen. Will ein junger Mensch nicht mehr zur Schule gehen, so wird angenommen, dass mit diesem jungen Menschen etwas nicht stimmt, dass bei ihm eine „Störung“ vorliegt. Er muss solange unter Druck gesetzt und/oder therapiert werden, bis er wieder zur Schule geht.

Für die verbreitete Annahme, Schule sei der einzige Ort, an dem junge Menschen gut aufs Erwachsenenleben vorbereitet werden können, gibt es allerdings keinerlei wissenschaftliche Grundlage. Sie ist lediglich ein historisch tradiertem Glaubenssatz. Das gilt auch für die Äußerung des Verwaltungsgerichtshofs, dass vermeintlich *„nur die permanente obligatorische Teilhabe am Schulunterricht unter Hintanstellung aller entgegenstehenden individuellen Präferenzen gleich welcher Art jenen gemeinschaftsstiftenden Effekt zu erzeugen vermag, der mit der Schule bezweckt wird und der die Einführung der staatlichen Schulpflicht zu wesentlichen Anteilen legitimiert“* (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Beschluss vom 10. Juli 2014, 9 S 1074/12). Das Kultusministerium stellt in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage „Hausunterricht und Freilernen in Baden-Württemberg“ selbst fest: *„Wissenschaftlich belastbare Studien, die etwa auch Leistungsvergleiche mit Schülerinnen und Schülern aus Kontrollgruppen anstellen, sind dem Kultusministerium nicht bekannt.“* (Landtag 2019) Solche wissenschaftlich belastbaren Studien werden in Deutschland allerdings bisher durch die absolute Schulbesuchspflicht verhindert. Dagegen existiert eine Reihe von Studien, die belegen, dass Bildung und der Erwerb von Sozialkompetenzen auch ohne Schulbesuch möglich sind (vgl. z.B. Gray & Riley 2015, Riley & Gray 2015, Spiegler 2008, Thomas 2007, Thomas & Pattison 2016).

Selbstorganisierte Bildung junger Menschen mit Unterstützung der Familie stellt eine völlig andere Situation dar als ein Schulabbruch bei jungen Menschen, die mit ihrer Verweigerung allein gelassen werden. Erkenntnisse aus den Erfahrungen mit Schulverweigerern ohne familiäre Unter-

stützung (klassisches Bild der „Schuldistanz“) können nicht ohne weiteres auf Fälle übertragen werden, in denen die Familie den Wunsch der jungen Menschen nach selbstorganisierter Bildung respektiert und diese in ihrer Bildung unterstützt (vgl. z.B. die Berichte von Betroffenen in Kern, K. u.a. 2016, Kern, M. 2016, Kern, M. 2018 und Mohsennia 2010). Auch nach dem Bericht der wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestages lassen sich für eine Gefährdung des Kindeswohls in solchen Fällen keine Belege finden (vgl. Spiegler 2008, S. 127ff und WD 2009, S. 17ff). Auch wenn die Studien zu akademischen Kompetenzen und Leistungen (meist unvermeidliche und oft in den Studien selbst benannte) methodische Schwächen aufweisen, finden sie hinsichtlich der Kompetenzen und Leistungen eher Vorteile, jedenfalls keine Nachteile der selbstorganisierten Bildung.

Zwar ist auch fraglich, inwiefern die rigorose Durchsetzung der Schulpflicht für die klassischen „Schulverweigerer“, bei denen man in der Regel an Kinder aus sozial schwachen, sogenannten bildungsfernen Familien denkt, hilfreich ist. Besonders paradox erscheint jedoch, dass die Familien, die den Wunsch ihrer Kinder respektieren und deren selbstorganisierte Bildung unterstützen, von den Behörden erfahrungsgemäß besonders unnachgiebig verfolgt und mit Sanktionen belegt werden.

Die absolute Schulbesuchspflicht stellt eine sehr umfangreiche Einschränkung der Grundrechte der betroffenen jungen Menschen und ihrer Sorgeberechtigten dar. Die Rechtfertigung im Hinblick auf die Rechte der Eltern wird meistens bejaht (vgl. z.B. Rux 2018, S. 39 ff), teilweise aber auch verneint (vgl. z.B. Handschell 2012, Reimer 2012, Lucius 2017). Die Rechtfertigung im Hinblick auf die Rechte der betroffenen jungen Menschen selbst wird meist unhinterfragt als selbstverständlich vorausgesetzt – andererseits aber selbst von Befürwortern der Schulpflicht in Frage gestellt (z.B. Rux 2018, Rn 168 u. 375). Angesichts der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung hin zu mehr Partizipation auch junger Menschen und zur stärkeren Berücksichtigung der Meinung von Kindern erscheint eine so weitgehende Einschränkung der Selbstbestimmungsrechte nicht mehr zeitgemäß.

## Konsequenzen der rigorosen Durchsetzung der Schulbesuchspflicht

Eine Schulverweigerung junger Menschen setzt häufig nicht nur eine Abfolge staatlicher Maßnahmen wie Bußgeldverfahren, Zwangsgelder und/oder familiengerichtliche Verfahren in Gang, die belastend für eine Familie sind. Oft werden die Betroffenen zusätzlich pathologisiert, als psychisch krank angesehen, und sie geraten auf Druck der Behörden in eine Odyssee, die von ambulanten psychotherapeutischen Maßnahmen bis zu stationären Therapien der Kinder in psychiatrischen Kliniken reicht und die in vielen Fällen dazu führen, dass das Selbstwertgefühl und die Selbstwirksamkeitserfahrung des jungen Menschen untergraben werden. Die Erfahrungen der Betroffenen zeigen, dass es den beteiligten Behörden oft nicht darum geht, ob der betroffene junge Mensch wirklich krank ist – natürlich kann dies der Fall sein. Generell wird oft nur das Ziel verfolgt, solange Druck auszuüben, bis der Betroffene wieder die Schule besucht.

Die Einrichtungen (Schule, schulpsychologische Beratungsstellen, Jugendamt), die bei Schulverweigerung aktiv werden, werden von den Betroffenen in vielen Fällen entweder als hilflos oder als feindselig wahrgenommen, jedenfalls meist nicht als hilfreich oder unterstützend. Insbesondere die jungen Menschen selbst und deren Bedürfnisse werden von den zuständigen Mitarbeitern oft nicht ernst genommen. Den Eltern wird meist pauschal mangelhaftes Erziehungsverhalten oder eine falsche Einstellung zur Bildung vorgeworfen. Oft bekommen sie schlicht zu hören: „Es herrscht Schulpflicht, ihr Kind hat gefälligst in die Schule zu gehen, und Sie haben dafür zu sorgen, dass es dort erscheint!“ Wie die Eltern, wenn die Kinder den Schulbesuch verweigern, „für den Schulbesuch sorgen“ bzw. diesen erreichen sollen, ohne Gewalt anzuwenden, wird ihnen selbst

überlassen. Teilweise werden den Eltern dazu Maßnahmen vorgeschlagen, die diese als Gewaltmaßnahme, als seelische Verletzung oder als Entwürdigung einstufen und deswegen als inakzeptabel empfinden. Es wird nicht berücksichtigt, dass den Eltern solche Maßnahmen nach BGB § 1631 ausdrücklich untersagt sind. Darüber hinaus wird überhaupt nicht anerkannt, dass ein grundsätzlicher ethischer Konflikt besteht zwischen der Verpflichtung zur Durchsetzung der Schulbesuchspflicht einerseits und einer auf Gewaltfreiheit beruhenden Einstellung zur Erziehung, die die Selbstbestimmungsrechte der jungen Menschen respektiert, und dem sich daraus ergebenden Eltern-Kind-Verhältnis, andererseits.

Wer als Schulpflichtiger oder als Elternteil für einen – oft langen – Zeitraum so behandelt worden ist, wer also die Erfahrung gemacht hat, dass die eigenen Bedürfnisse und Wünsche nicht ernst genommen werden, der betrachtet Schule und oft auch staatliche Einrichtungen generell, verständlicherweise als feindlich und negativ.

Die Sozialkontakte, die von den Betroffenen oft gewünscht und von den Behörden als Rechtfertigung der Schulbesuchspflicht angeführt werden, werden den Betroffenen durch die rigorose Durchsetzung der Schulbesuchspflicht oft geradezu verwehrt oder zumindest erschwert. Denn Familien, deren Kinder sich ohne Schulbesuch bilden wollen, sehen sich in vielen Fällen zur Auswanderung gezwungen oder tauchen unter. Im letzteren Fall bergen Sozialkontakte (Teilnahme an Vereinsveranstaltungen, Schulveranstaltungen usw.) das Risiko von Entdeckung und weiteren Sanktionen, die Betroffenen werden also durch die Schulpflicht geradezu in die Isolation gedrängt.

Auch eine Rückkehr in die Schule ist teilweise mit deutlichen Schwierigkeiten verbunden – die zwischenzeitlich erworbenen Kenntnisse werden meist nicht berücksichtigt bzw. anerkannt, und die jungen Menschen werden wegen des fehlenden Schulbesuchs in niedrigere Klassen eingestuft, selbst wenn die Kenntnisse für den Besuch der altersentsprechenden Klasse faktisch vorhanden sind. In manchen Bundesländern wird es jungen Menschen verwehrt, Bildungsabschlüsse über den Weg der Schulfremdenprüfung zu erwerben – so darf man z.B. teilweise selbst mit 18 Jahren nicht an einer Schulfremdenprüfung für den Hauptschulabschluss teilnehmen, weil man noch (berufs-)schulpflichtig ist.

Die üblichen Maßnahmen zur Durchsetzung der Schulbesuchspflicht sind deshalb in vielen Fällen keine geeigneten Instrumente zur Sicherung von Bildung, teilweise behindern oder verhindern sie Bildung und Sozialkontakte geradezu.

## Auswirkungen der Schulbesuchspflicht auf Schulen, Ämter und Gerichte

Bei einer Lockerung der Schulbesuchspflicht würden die Betroffenen aufhören, in Schulen, Schulbehörden und Jugendämtern Feinde zu sehen. Alle Beteiligten könnten sich auf das konzentrieren, was für die Betroffenen wesentlich ist: Das Finden eines Bildungswegs, der den Bedürfnissen der jungen Menschen entspricht und ihr Recht auf Bildung sicherstellt. Wäre eine Wiedereinschulung zu jeder Zeit problemlos möglich, wäre in vielen Fällen wohl eine Auszeit von mehreren Monaten bis zu einem Jahr ausreichend. Die Chance auf eine „Wiedereingliederung“ wäre deutlich größer als bei der zurzeit üblichen repressiven Vorgehensweise, die das Feindbild „Schule“ nur verfestigt.

Aber auch für junge Menschen, die in der Schule stören, würden andere Wege offenstehen. Wenn die Eltern bereit und in der Lage sind, ihre Kinder von zu Hause aus bei der Bildung zu begleiten, könnten diese vorrangig dort lernen und die Abschlüsse könnten z.B. über Schulfremdenprüfungen erworben werden. Wenn die Eltern dazu nicht bereit oder nicht in der Lage sind, stünden andere Wege offen: z.B. Einrichtungen wie die schon vorhandenen Schulverweigerer-

Projekte. Deren Fokus läge dann nicht mehr vorrangig auf einer möglichst raschen Wiedereinschulung, sondern auf dem Erreichen der Bildungsziele des jungen Menschen.

Es gäbe nicht nur eine Kostenersparnis für den Staat: Viele Gerichtsverfahren wegen Bußgeldern und Zwangsgeldern könnten wegfallen, ebenso viele familiengerichtliche Verfahren, die heute oft einzig und allein aufgrund von fehlendem Schulbesuch angestrengt werden. Es gäbe auch wesentlich weniger mangelhaft begründete Therapien und ambulante oder stationäre psychiatrische Behandlungen (in den vergangenen Jahren wurden in den Kinder- und Jugendpsychiatrien neue Abteilungen eröffnet, weil es immer mehr Schulverweigerer gibt). Nicht zuletzt gäbe es auch weniger Fälle von Jugendarrest wegen unbezahlter Bußgelder, bei dem in vielen Bundesländern die Schulverweigerer bis heute die größte Gruppe bilden.

Freiwerdende Mittel könnten für die Bereitstellung von Bildungsangeboten verwendet werden, insbesondere für niedrigschwellige, auf Freiwilligkeit basierende Angebote, die von allen Menschen genutzt werden könnten – unabhängig davon, ob diese sich mit oder ohne Schulbesuch bilden.

## Akzeptanz und Anerkennung informeller Bildung

Junge Menschen, die sich für einen Bildungsweg ohne Schulbesuch entscheiden, wollen sich sehr häufig selbstbestimmt und selbstorganisiert bilden. Sie wehren sich oft vehement gegen jegliche Art strukturierter „Beschulung“, auch gegen Beschulung zu Hause. Die Erfahrung von Freilerner-Familien auch in Deutschland zeigt: Respektieren die Eltern diesen Wunsch, so findet dennoch Bildung und Lernen statt, nur eben eher informell. Die überragende Bedeutung informeller Bildung ist im Bereich der Erwachsenenbildung inzwischen wissenschaftlich unstrittig. Auch für junge Menschen wird dies zunehmend erforscht, jedoch nimmt man im Gegensatz zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen häufig immer noch an, für junge Menschen sei Unterricht die einzige Form, hinreichende Bildung zu erlangen.

In vielen als Ersatzschulen genehmigten „Freien Alternativschulen“ oder „Demokratischen Schulen“ wird vorwiegend informelles Lernen schon seit vielen Jahren erfolgreich praktiziert. Ein Programm der Europäischen Union dient allein der Anerkennung und Förderung des informellen Lernens. Schon in einer Studie von 1973 wird festgestellt, dass 70 bis 80 % des Lernens auf informelle Weise stattfindet (Faure 1973). Studien aus Großbritannien und Nordamerika zeigen, dass junge Menschen, auch wenn sie vorwiegend informell lernen, eine umfassende Bildung erwerben, die es ihnen auch ermöglicht, Prüfungen erfolgreich abzulegen, zu studieren und Berufe zu ergreifen (vgl. z.B. Gray & Riley 2015, Riley & Gray 2015, Thomas 2007 und Thomas & Pattison 2016).

Selbstbestimmte und selbstorganisierte Bildung ist dabei nicht synonym mit informeller Bildung, sie kann sehr wohl auch strukturiertes Lernen und Unterricht in einem oder mehreren Fachbereichen beinhalten. Junge Menschen, die selbstbestimmt und selbstorganisiert aufwachsen, haben in der Regel keine Probleme damit, sich in Unterrichtssituationen einzufügen. Wichtig ist, dass sie sich selbst dafür entscheiden.

Von einer stärkeren Berücksichtigung und dadurch auch verbesserten Möglichkeiten der Erforschung informeller, selbstorganisierter Bildung ohne Schulbesuch könnten auch Impulse für die Weiterentwicklung der Schulpädagogik ausgehen. Dort sind die Notwendigkeit von Individualisierung und Anerkennung informeller Lernprozesse zwar prinzipiell bereits anerkannt, die Erforschung und Umsetzung stoßen jedoch im Schulalltag an enge Grenzen.



## Ein Blick ins europäische Ausland

Ein Blick ins europäische Ausland zeigt, dass sich die Zahlen dort, wo legale Möglichkeiten zur selbstorganisierten Bildung bestehen, im unteren einstelligen Promillebereich bewegen (Daten von 2017 für einige Nachbarländer: Belgien 0,10%; Frankreich 0,26%; Österreich: 0,20%; Polen 0,03%; nach Blok u.a. 2017). Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum sich in Deutschland ein höherer Anteil ergeben sollte. Selbst für das Vereinigte Königreich, wo es keine verpflichtende Registrierung und eine im europäischen Vergleich sehr geringe Regulierung gibt, wird nur ein Anteil von 0,5-0,6% angegeben (Foster 2019). Es gibt auch keinerlei Hinweise darauf, dass die Wahrnehmung des Rechts auf Bildung ohne Schulbesuch in diesen Ländern irgendwelche gesellschaftlichen Probleme verursacht.

Zum Vergleich: Der Anteil der Schüler, die – grundgesetzlich garantierte – Schulen in privater Trägerschaft besuchen, beträgt ca. 9%. Dort kann der durch die Schulbesuchspflicht angestrebte „regelmäßige Kontakt mit Andersdenkenden“ faktisch ebenso vermieden werden wie bei schulbesuchsfreier Bildung. Der Anteil der Schüler, die als „schulmüde“ eingestuft werden und „Tendenzen zur Schulverweigerung“ zeigen, wird in Deutschland je nach Quelle auf 10% bis 20% geschätzt. Der Anteil der Schüler, die trotz Schulbesuch die Schule ohne Abschluss verlassen, beträgt ca. 6%, in sozialen Brennpunkten ist er vielfach zweistellig. Der Zwang, Schulen zu besuchen, erreicht sein Ziel, allen jungen Menschen Bildung zu garantieren, offenbar nur lückenhaft. Konkrete Anhaltspunkte dafür, dass eine Lockerung der Schulpflicht und eine Anerkennung selbstorganisierter, selbstbestimmter Bildungswege diese Situation verschlechtern würden, fehlen. Wie oben dargelegt, ist es sogar plausibel, dass die Lage sich hierdurch verbessern lässt – für die, die keine Schulen besuchen wollen, wie für die, die in Schulen lernen.

## Schritte zu einer vielfältigen Bildungslandschaft

Ein erster Schritt ist, dass die Politik die Existenz junger Menschen, die sich selbstbestimmt ohne Schulbesuch bilden möchten, akzeptiert. Die lückenlose Durchsetzung des kollektiven Zwangs zum Schulbesuch muss in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft scheitern. Dies sollte man anerkennen. Wir wünschen uns, dass die Politik den Kontakt zu den Betroffenen sucht, um sich ein besseres Bild zu machen.

Um Modelle einer Legalisierung vorzubereiten, könnte in einer Region oder auch in einem ganzen Bundesland ein wissenschaftlich begleiteter Modellversuch durchgeführt werden, innerhalb dessen Bildung ohne Schulbesuch möglich wird, um die Parameter einer Legalisierung besser beurteilen zu können. Dieser Versuch müsste längerfristig angelegt sein, da die Bildung ohne Schule, wo sie vorwiegend informell funktioniert, nicht an der schulischen Logik kurzfristiger Überprüfungen gemessen werden kann.

Auf mittlere Sicht könnten parallel bereits Möglichkeiten einer Legalisierung geplant bzw. diskutiert werden.

Langfristig könnten zusätzliche Einrichtungen wie z.B. die von Günther Dohmen in einem seiner Aufsätze zum informellen Lernen vorgeschlagenen Lernbüros, Lernagenturen oder Lernläden für junge Menschen hilfreich sein. Hier könnten sie Beratung bekommen zu Bildungswegen und zu Prüfungen, eine Klärung von Fachfragen und auch die Vermittlung von Arbeitsgruppen, Lehrern oder Mitlernern wäre möglich.

## Quellenangaben und Literaturhinweise

Blok, Henk; Merry, Michael S.; Karsten, Sjoerd (2017); *The Legal Situation of Home Education in Europe*; in: *The Wiley Handbook of Home Education*

Dohmen, Günther (2001); *Das informelle Lernen*; Bonn

Europäische Kommission/EACEA/Eurydice, 2018. *Richtlinien für häuslichen Unterricht in Europa: Primarbereich und Sekundarbereich I. Eurydice-Bericht*. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.

Faure, E. u.a. (1973): *Wie wir leben lernen. Der Unesco-Bericht über Ziele und Zukunft unserer Erziehungsprogramme*. Reinbek bei Hamburg

Foster, David (2019); *Home Education in England – Briefing Paper*; House Of Commons Library

Gray, Peter; Riley, Gina (2015); *Grown Unschoolers' Evaluations of Their Unschooling Experiences: Report I on a Survey of 75 Unschooling Adults*; in *Other Education: The Journal of Educational Alternatives*, Volume 4 (2015) Issue 2

Handschell, Tobias (2012); *Die Schulpflicht vor dem Grundgesetz*; Nomos, Baden-Baden

Kern, Karen; Mohsennia, Stefanie; Reichert, Gabi; Weimer, Heike (Hrsg.) (2016); *Wir sind so frei – Freilerner-Familien stellen sich vor*; Tologo, Leipzig

Kern, Matthias (Hrsg.) (2016); *Selbstbestimmte und selbstorganisierte Bildung versus Schulpflicht*; Tologo, Leipzig

Kern, Matthias (Hrsg.) (2018); *Selbstbestimmte Bildungswege als Kindeswohlgefährdung?* Tologo, Leipzig

Landtag von Baden-Württemberg (2019); Hausunterricht und Freilernen in Baden-Württemberg, Drucksache 16/6145, 23.04.2019, Kleine Anfrage des Abg. Gerhard Kleinböck SPD und Antwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Lucius, Julian von (2017); *Homeschooling – Eine verfassungsrechtliche Untersuchung des Rechts der Eltern, ihre Kinder zu Hause zu unterrichten*; Nomos, Baden-Baden

Luig, Judith (2019); *Die Schulpflicht ist ein Käfig*; Zeit-Online, 10. Januar 2019; abgerufen am 12.05.2019, <https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2019-01/homeschooling-schulpflicht-menschenrechte-wuerde-kinder>

Mohsennia, Stefanie (2010); *Schulfrei – Lernen ohne Grenzen*; 2. Auflage, Tologo, Leipzig

Reimer, Franz (Hrsg.) (2012), *Homeschooling – Bedrohung oder Bewährung des freiheitlichen Rechtsstaats?* Nomos, Baden-Baden

Riley, Gina; Gray, Peter (2015); *Grown Unschoolers' Evaluations of Their Unschooling Experiences: Report II on a Survey of 75 Unschooling Adults*; in *Other Education: The Journal of Educational Alternatives*, Volume 4 (2015) Issue 2

Rothermel, Paula (2002); *Home Education, Aims, Practices and Outcomes*

Rux, Johannes (2018); *Schulrecht*, 6. Auflage; C. H. Beck, München

Spiegler, Thomas (2008); *Home Education in Deutschland Hintergründe – Praxis – Entwicklung*; VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Thomas, Alan (2007); *Bildung zu Hause – Eine sinnvolle Alternative*; Tologo, Leipzig

Thomas, Alan; Pattison, Harriet (2016); *Informelles Lernen – Wie Kinder zu Hause lernen*; Tologo, Leipzig

WD (2009), Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages; *Homeschooling in westlichen Industrienationen – Verbreitung, Evaluationsergebnisse, Elternmotive – Ausarbeitung WD 8 -3000 -047/2009*

WD (2016), Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages; *Kurzdarstellung zum Zusammenhang von Schulpflicht und Homeschooling in Deutschland – Ausarbeitung WD 8 -3000 -052/16*